

Fraktiondirekt

Das Monatsmagazin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion · März 2018

Der Zukunftsplan für Deutschland

Der Koalitionsvertrag trägt die
Handschrift von CDU und CSU

Deutschland zum Digitalland machen

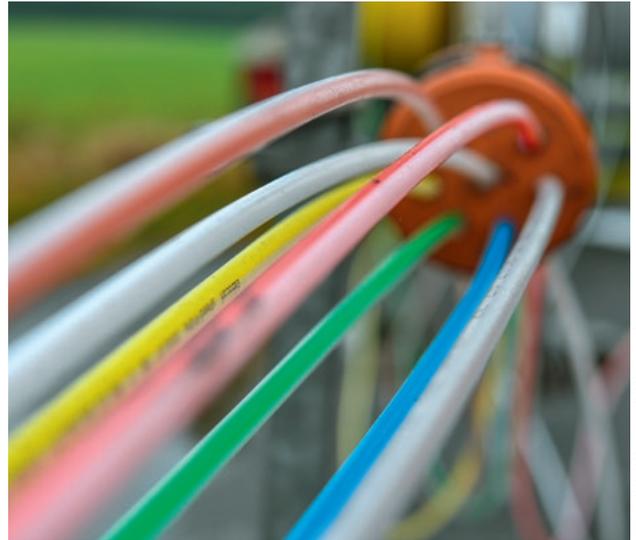
Infrastruktur flächendeckend ausbauen –
Menschen befähigen



»Fraktion direkt« – Die App
Jetzt downloaden

6

Der digitale Wandel ist in vollem Gange. Nur wenn Deutschland mit den technologischen Entwicklungen Schritt hält, kann es wettbewerbsfähig bleiben und den Wohlstand seiner Bürger wahren.



© Patrick Pleul/dpa-Zentralfoto/Picture Alliance

12

Die Verhandlungen mit der SPD über die Bildung einer Koalition haben lange gedauert, doch die Unionsfraktion ist mit dem Ergebnis zufrieden. Der Koalitionsvertrag trägt in vielen Bereichen die Handschrift von CDU und CSU.



© Britta Pedersen/Picture Alliance

18

Schon das neunte Jahr in Folge verzeichnet Deutschland einen wirtschaftlichen Aufschwung. Da er sowohl von Exporten und Investitionen als auch von Konsum getragen ist, steht er auf solidem Fundament.



© Industrieblick/rololia

3

Der Monat
Volker Kauder

4

Die Meinung
Michael Grosse-Brömer

5

Die Zahlen

6

Der Brennpunkt
Deutschland zum Digitalland machen

12

Die Themen
Der Zukunftsplan für Deutschland

16

Das Gespräch
Katja Leikert über neue Prioritäten für Europa

18

Die Themen
Aufschwung steht auf solidem Fundament

18

Impressum

19

Die Bilder

20

Das Zitat

Liebe Leserinnen und Leser,

die Digitalisierung ist in aller Munde. Und doch scheint mir die ganze Dimension des damit verbundenen Umbruchs in der Wirtschaft und der Gesellschaft noch zu wenig erkannt zu sein. Die Digitalisierung wird unser Leben in den nächsten Jahren vermutlich grundlegender verändern als wir heute alle ahnen.

Es ist daher nur folgerichtig, dass wir uns in »Fraktion direkt« mit einer Titelgeschichte dem Thema widmen. Denn die Digitalisierung stellt die Politik vor riesige Herausforderungen. Wir müssen einerseits Deutschland fit für das neue Zeitalter machen, indem wir für ein schnelleres Internet sorgen und die neuen aufstrebenden Unternehmen in dem Bereich besser fördern. Andererseits müssen wir die Digitalisierung gestalten, indem wir etwa die Marktmacht der großen Internetkonzerne kritisch begleiten und die Umbrüche in der Arbeitswelt so abfedern, dass die Menschen nicht auf der Strecke bleiben.

Digitalisierung ist ein Schwerpunkt der neuen Koalition mit der SPD, die hoffentlich im März endlich zustande kommt. Meiner Meinung nach muss die neue Regierung gleich beweisen, dass sie eine neue Dynamik in Deutschland auslösen kann – so wie es im Koalitionsvertrag verabredet ist. Wir wollen Dampf machen: Bei der Digitalisierung haben wir gegenüber anderen Ländern einen Rückstand, den wir schnellstmöglich aufholen müssen.

In diesem Heft fassen wir auch den Inhalt des Koalitionsvertrags zusammen, mit dem wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion zufrieden sein können. Wer die 177 Seiten des Vertrags liest, wird leicht feststellen, dass dieser über weite Passagen die Handschrift der Union trägt. Neben dem Glasfaserausbau muss die neue Koalition auch rasch Projekte zur Familienförderung – Stichwort Baukindergeld – und zum Wohnungsbau auf den Weg bringen. So können wir ein Zeichen setzen, dass uns der Zusammenhalt der Gesellschaft am Herzen liegt.

Die Wahlperiode wird nicht einfach. Aber wenn wir uns in der Koalition darauf besinnen, dass wir etwas für die Menschen und das Land tun wollen, können wir viel erreichen. Parteitaktik jedenfalls sollte nicht unsere Handlungsmaxime sein.

h

Volker Kauder

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion



© Laurence Chaperon

Wir bringen das Land voran

Wirtschaftsminister wird wichtige Impulse setzen

Nach zügigen, aber auch harten Verhandlungen haben CDU, CSU und SPD einen sehr guten Koalitionsvertrag für unser Land vorgelegt. Wir als Union können mit dem Endergebnis sehr zufrieden sein. Denn der Koalitionsvertrag trägt in zahlreichen Themenfeldern die klare Handschrift von CDU und CSU. Einfach gesagt: Nicht nur die Tinte des Koalitionsvertrages ist schwarz, sondern auch seine wesentlichen Inhalte.

Die Vereinbarungen zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, zur Förderung von Familien, zur inneren Sicherheit sowie zur Bildung und zur Digitalisierung gehen ganz wesentlich auf die Vorstellungen der Union zurück. Als mit Abstand stärkste politische Kraft im Land sind allein wir in der Lage, gleichermaßen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und den sozialen Zusammenhalt in Deutschland zu stärken. Ein großer Erfolg ist es auch, dass sich das von CDU und CSU beschlossene Regelwerk zur Migration fast vollständig im Koalitionsvertrag wiederfindet. Mit den vereinbarten Maßnahmen wird es gelingen, die Migration wirksam zu steuern und zu begrenzen.

Sicher hätte auch ich das Finanzministerium gerne weiter in den Händen der Union gesehen. Wolfgang Schäuble hat in den vergangenen Jahren als Bundesfinanzminister hervorragende Arbeit geleistet und wesentlich dazu beigetragen,

»Nicht nur die Tinte des Koalitionsvertrages ist schwarz.«

dass Deutschland finanziell so gut dasteht. Dieser Tradition fühlen wir uns verpflichtet und haben deshalb vertraglich durchgesetzt, dass es weiterhin einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden und ohne Steuererhöhungen geben muss. Jede Entscheidung des neuen Finanzministers – auch in europäischen Angelegenheiten – benötigt die Zustimmung des Bundestags. Die Unionsfraktion hat ihr parlamentarisches Kontrollrecht in diesem Bereich immer sehr ernst genommen und wird dies auch weiterhin tun.

Es freut mich sehr, dass die CDU nach vielen Jahren wieder die Führung des Bundeswirtschaftsministeriums übernehmen kann. Ludwig Erhard gilt zu Recht als Vater des deutschen Wirtschaftswunders und sein Grundsatz »Wohlstand für alle« hat für uns unverändert Gültigkeit. Ich bin sicher, dass auch der neue Minister in diesem Ressort wichtige Impulse setzen und die Wirtschaftskompetenz der gesamten Union stärken wird. Neben diesem Ministerium werden wir beim Zustandekommen einer Koalition mit der SPD auch weitere Ressorts besetzen, die für die Zukunft Deutschlands von zentraler Bedeutung sind. Eine herausragende Rolle wird auch in der kommenden Legislaturperiode das Thema Digitalisierung spielen, das für unsere Gesellschaft große Chancen bietet, aber auch manche Probleme aufwirft. Wir als Union sind entschlossen, auch aus diesem Thema eine Erfolgsgeschichte für Deutschland zu machen.

In den nicht immer einfachen Verhandlungen mit der SPD konnten wir zahlreiche Vorhaben und Inhalte in den Koalitionsvertrag einbringen, die das Leben der Menschen in Deutschland spürbar verbessern werden. Das ist der Maßstab, an dem wir uns auch in den kommenden Jahren messen lassen wollen.



Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland ist weiter rückläufig. **2017** kamen nach Angaben des Bundesinnenministeriums **186.644** Menschen mit Asylbegehren nach Deutschland. Das waren deutlich weniger als im Vorjahr, als rund **280.000** Asylsuchende gezählt wurden. Im Hauptjahr des Flüchtlingszustroms **2015** wurden sogar **890.000** Asylsuchende registriert. Die Zahl der Altfälle und die Dauer der Verfahren konnten deutlich reduziert werden. **2017** sind rund **600.000** Entscheidungen über Asylverfahren getroffen worden. Damit konnte die Anzahl der anhängigen Asylverfahren mit **68.245** wieder auf den Stand von Mitte **2013** zurückgeführt werden. Die Zahl der anhängigen Asylverfahren hatte Ende Dezember **2016** noch bei **433.719** gelegen.

Die Digitalisierung ist mit einer enormen Umstellung verbunden, denn alle analogen Prozesse müssen in die Welt der Daten übertragen werden. Das birgt Chancen und Risiken.

© Guido Kirchner/Picture Alliance

Deutschland zum Digitalland machen

Infrastruktur flächendeckend ausbauen –
Menschen befähigen



»Glasfaser in jeder Gemeinde, möglichst bis zum Haus.«

Der digitale Wandel ist in vollem Gange. Er durchdringt Wirtschaft und Verwaltung, Arbeits- und Privatleben. Und er bringt Veränderungen für alle Bürger mit sich: Berufsbilder ändern sich, neue Geschäftsmodelle entstehen, die Gesundheitsversorgung wird individueller. CDU und CSU haben sich im Koalitionsvertrag mit der SPD dafür eingesetzt, dass der Gestaltung der Digitalisierung in dieser Wahlperiode ein hoher Stellenwert zukommt. Denn nur, wenn Deutschland mit den technologischen Entwicklungen Schritt hält, kann es auch in Zukunft wettbewerbsfähig sein und den Wohlstand seiner Bürger wahren.

»Wir wollen unser Land in allen Bereichen zu einem starken Digitalland entwickeln«, heißt es im Koalitionsvertrag. Als Ziele werden unter anderem eine »flächendeckende Infrastruktur von Weltklasse«, die Vermittlung digitaler Fähigkeiten als Schlüsselkompetenz für alle Altersgruppen,

Sicherheit im Cyberraum und eine moderne digitale Verwaltung genannt. Die stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, Nadine Schön, und der Sprecher der Arbeitsgruppe Digitale Agenda, Thomas Jarzombek, begrüßen die Vorschläge. Man habe »wegweisende Maßnahmen für eine zukunftssichernde und innovationsoffene Politik in unserem Land auf den Weg gebracht«.

Digitalisierung – schon der Begriff ist sperrig. Man kann nicht einmal erahnen, welche Chancen und Risiken mit der Umstellung aller analogen Prozesse in die Welt der Daten verbunden sind, welche Innovationen sie hervorbringt. Auch das Tempo des Fortschritts überfordert die Menschen bisweilen. Das Smartphone ist – wie der Technologieexperte Ranga Yogeshwar anmerkt – gerade einmal elf Jahre alt und wird schon von 70 Prozent aller Menschen benutzt. Das klassische Telefon brauchte 75 Jahre, bis 100 Millionen Menschen mit einem Anschluss versorgt waren.

Schnelles Internet ist das A und O

Die Aufgabe ist also gewaltig. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder beklagte jüngst in einem Gastbeitrag für die »Welt am Sonntag«, dass Deutschland momentan kein Wirtschaftsstandort sei, »an dem der digitale Fortschritt optimal gedeihen kann«. Er nannte es betrüblich, dass laut Statistischem Bundesamt nicht einmal jedes zweite Unternehmen mit mindestens zehn Mitarbeitern – konkret also 42 Prozent – über einen Anschluss an das schnelle Internet verfügt. Selbst Portugal verzeichnet mit 58 Prozent einen besseren Wert. Insofern stehe Deutschland eine gewaltige Aufgabe bevor.

Der flächendeckende Ausbau des schnellen Internets ist das A und O für die Digitalisierung, damit beispielsweise mittelständische Firmen im ländlichen Raum nicht länger abgehängt bleiben. Laut Koalitionsvertrag sollen die Bürger bis zum 1. Januar 2025 einen Rechtsanspruch auf einen solchen Zugang haben. Daher müssen in Deutschland bis dahin überall Gigabit-Netze verlegt sein. »Unser Ziel lautet: Glasfaser in jeder Region und jeder Gemeinde, möglichst direkt bis zum Haus.« Das schließt Schulen, Gewerbegebiete, Krankenhäuser und soziale Einrichtungen ein – noch in dieser Legislaturperiode. Der CDU-Digitalpolitiker Thomas Jarzombek stellt heraus, dass dafür Mittel bis zu zwölf Milliarden Euro in einem Gigabit-Investitionsfonds bereitstehen sollen.

»Soziale Medien verändern das Fundament der Demokratie«

Der Wissenschaftsjournalist Ranga Yogeshwar über Freiheit und Verantwortung im Zeitalter der Digitalisierung

Herr Yogeshwar, wie verändert die Digitalisierung unsere Gesellschaft?

Yogeshwar: Das Veränderungspotenzial ist gewaltig und erstreckt sich über fast alle Lebensbereiche von der Kommunikation über Produktionsprozesse bis hin zur Medizin. Das Tempo dieser epochalen Revolution ist eine neue Qualität, denn nie zuvor in der Menschheitsgeschichte war es uns möglich, die eigene Gegenwart so intensiv zu gestalten. Aus dieser neuen Freiheit ergibt sich eine neue Verantwortung: Wir brauchen, wie ich es nenne, einen reflektierten Fortschritt.

Werden Menschen künftig auf ihre messbaren Eigenschaften reduziert?

Yogeshwar: Reduktion ist zunächst ein wissenschaftliches Prinzip: Aus der Vielfalt der Erscheinungsformen destilliert man Regeln und Gesetze. In vielen Bereichen mag das sinnvoll sein,

doch Menschen sind im tieferen Sinne nicht kalkulierbar. Nehmen Sie die Medizin: Blutwerte sind zwar ein guter Indikator für den Arzt, doch reicht diese Information nicht aus, um den Gesundheitszustand eines Patienten präzise zu beschreiben. Wenn Personaldienstleister meinen, man könne mit mathematischen Algorithmen Mitarbeiter und ihr Verhalten abbilden, unterliegen sie einem fundamentalen Irrtum. Wer Menschen auf messbare Eigenschaften reduziert, reduziert den Menschen in seiner einzigartigen Würde.

Wir werden immer abhängiger von Apparaten, die wir in ihrer Komplexität nicht verstehen, deren Entscheidungsprozesse wir nicht nachvollziehen können. Können wir das als vernunftbegabte Wesen zulassen?

Yogeshwar: Es mutet an wie ein Widerspruch: Mit dem kausalen Denken versuchten wir die Geister der Vergangenheit zu

Aber auch eine lückenlose Versorgung mit dem modernen Mobilfunkstandard soll garantiert werden. Laut Koalition soll Deutschland zum »Leitmarkt für 5G« werden. Funklöcher und weiße Flecken auf der Landkarte beim Mobilfunk sollen dann der Vergangenheit angehören – auch das eine wichtige Botschaft für den ländlichen Raum. Damit das gelingt, sollen neue 5G-Frequenzen nur gegen die Zusicherung flächendeckender Versorgung vergeben werden.

Mindestens so wichtig wie die Bereitstellung der Infrastruktur ist die Befähigung der Menschen, sich in der digitalen Welt zu rechtzufinden. Das betrifft nicht nur die IT-Experten, die in ausreichender Zahl ausgebildet oder angeworben werden müssen, sondern auch die normalen Bürger, wenn sie zur Video-Sprechstunde gehen, wenn sie über Webportale mit der Verwaltung in Kontakt treten oder wenn sie online shoppen. »Es geht darum, digitale Systeme zu verstehen und sie möglichst souverän und selbstbestimmt zu nutzen«, sagt die CDU-Abgeordnete Nadine Schön. Deshalb müsse man den »Ozeanriesen Bildung«, der sich nur langsam umsteuern lasse, in Bewegung setzen.

Der Koalitionsvertrag sieht dafür einen mit fünf Milliarden Euro dotierten DigitalPakt#D vor. Mit dem Geld sollen Bund und Länder alle Schulen mit WLAN, Tablets oder Smartboards ausstatten. Eine Bitkom-Umfrage zeigt aber auch, dass

»Wir müssen digitale Systeme verstehen und souverän nutzen.«



Ranga Yogeshwar
Wissenschaftsjournalist

Yogeshwar: Ich nenne es die Umkehr der Fließrichtung: Aus Massenmedien sind Medien der Massen geworden. Suchmaschinen und soziale Netzwerke wie Facebook nutzen zudem uns unbekannte Algorithmen, um Suchanfragen zu beantworten oder Posts an andere Nutzer zu verbreiten. Durch ihren hohen Nutzungsgrad – Facebook zählt weltweit über zwei Milliarden Nutzer – haben sie inzwischen eine kritische gesellschaftliche Relevanz erreicht. Bei dieser Größe ergibt sich, wie ich finde, eine demokratische Rechenschaftspflicht.

vertreiben, und nun akzeptieren wir sie im Innern unserer Software. Anwendungen der Künstlichen Intelligenz (KI) leisten zwar Verblüffendes, doch selbst Insider verstehen nicht mehr die Funktionsweise ihrer Systeme. Wenn man solche KI-Systeme im Bereich Finanzen, Medizin oder gar in einem Rechtssystem einsetzt, müssen wir Erklärbarkeit einfordern, ansonsten landen wir im Zeitalter moderner Orakel.

Gefälschte Nachrichten, manipulierte Wahlkämpfe: Wir erleben, dass die sozialen Netzwerke ihre Unschuld verloren haben. Welche Konsequenzen müssen wir ziehen?

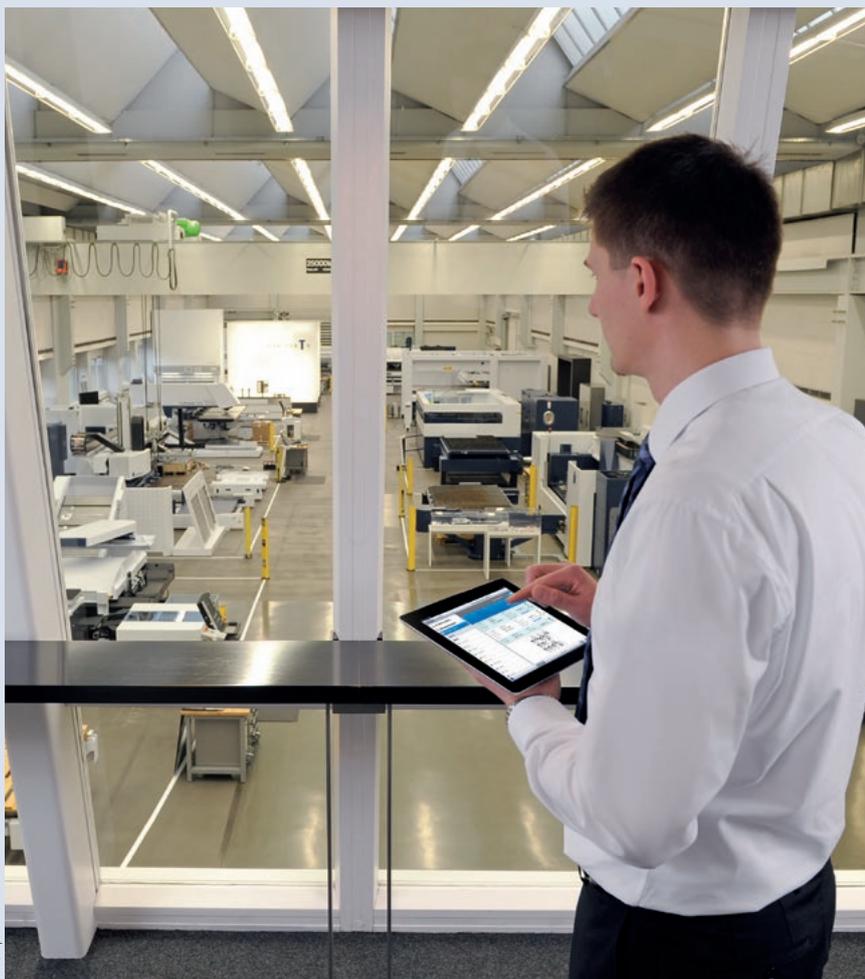
Wie beeinflussen Algorithmen unsere Demokratie?

Wie beeinflussen Algorithmen unsere Demokratie?

Yogeshwar: Wenn Sie und Ihr Freund Google oder Facebook nutzen, erhalten beide unterschiedliche Informationen. Die Plattformen ordnen ihren Nutzern Profile zu und steuern somit den Informationsfluss, die Meinungsbildung oder die Bildung bestimmter Gruppen. Sie greifen also in das Fundament unserer Demokratie ein. Daher plädiere ich entschieden für Transparenz und Offenlegung der Algorithmen.

Wachstumsmotor Digitalisierung

Neue Berufe entstehen – Berufsbilder ändern sich



Im Zuge der Digitalisierung verändern sich viele Berufsbilder und Fertigungsprozesse.

cke ans Labor senden, gibt sie die ärztlichen Befunde heute direkt ins Computersystem ein und bedient vielleicht bald einen 3D-Drucker, der Kronen oder Implantate gleich in der Praxis herstellt.

Vor allem in der Logistik, bei Banken und Versicherungen, in den Medien und im Handel sind die Veränderungen schon seit Jahren deutlich zu spüren. Unionsfraktionsvize Nadine Schön plädiert dafür, Ängste und Befürchtungen ernstzunehmen und die Menschen von den Vorteilen der Digitalisierung zu überzeugen. »Wo Arbeitsprozesse digitalisiert werden, werden neue Freiräume gewonnen«, sagt Schön. »Die Konzentration auf die eigentliche Aufgabe nimmt zu.« Das könne gerade für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein großer Vorteil sein. Aber die

So wie in der Vergangenheit die Dampfmaschine, das Fließband oder computergestützte Maschinen führt in der Gegenwart die Digitalisierung zu enormen Veränderungen der Arbeitswelt. Ein Beispiel: Nach Angaben des Branchenverbandes Bitkom gab es 1980 in Deutschland noch rund 40.000 Schriftsetzer. Seitdem ist die Zahl kontinuierlich gesunken. Parallel dazu entstand das Berufsbild des Mediengestalters, zu dem seit 2012 auch offiziell die verbliebenen Schriftsetzer gezählt werden. Als Mediengestalter arbeiten nach Angaben von Bitkom mittlerweile rund 100.000 Menschen.

In fast allen Berufen haben sich infolge der Digitalisierung die Anforderungen stark verändert. Wo sich früher Aktenberge türmten, steht heute in vielen Büros nur noch ein PC. Und musste früher eine Zahnarzthelferin die Patientenakte dem Arzt als Karteikarte auf den Tisch legen und Gebissabdrü-

Grenzen zwischen Freizeit und Job dürften auch nicht verschwimmen. »Der Schutz der Arbeitnehmer muss weiterhin im Mittelpunkt stehen, ›Offline‹-Zeiten müssen beispielsweise selbstverständlich sein«, verlangt Schön.

Sowohl das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) als auch die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung sind überzeugt, dass durch die Digitalisierung zwar weitere Jobs verschwinden, aber auch viele neue und zum Teil sehr anspruchsvolle Arbeitsplätze entstehen werden. Die Union sieht die Digitalisierung vor allem als Chance, den Wohlstand in Deutschland zu sichern und zu mehren. Auch die IT-Branche selbst wächst kräftig, auf inzwischen 1,1 Millionen Beschäftigte. Nach Angaben des Verbands Bitkom, der rund 2.500 Unternehmen der digitalen Wirtschaft vertritt, ist sie damit der größte industrielle Arbeitgeber in Deutschland, noch vor dem Maschinenbau.

die Lehrer mehr Digitalkompetenz brauchen. Aus- und Weiterbildung sind an dieser Stelle dringend gefordert – etwa in einem digitalen Sabbatjahr. Überhaupt ist »lebenslanges Lernen« das Grundkonzept für die digitale Gesellschaft – das gilt für die Kleinsten in der Kita über die Schüler und Hochschüler bis zu den Arbeitnehmern und Senioren.

Lebenslanges Lernen

Gerade die Arbeitswelt wird sich stark verändern. So werden monotone und automatisierbare Tätigkeiten wegfallen – nach Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) 1,5 Millionen Arbeitsplätze bis zum Jahr 2025. Gleichzeitig sollen aber 1,5 Millionen neue innovative Jobs geschaffen werden. Das allerdings setzt voraus, dass Unternehmer ihre Mitarbeiter befähigen, neue Aufgaben zu übernehmen und mit neuen Technologien umzugehen. Es braucht laut Nadine Schön aber auch mehr berufsbegleitende Studienangebote, mehr Teilzeitstudiengänge, mehr Angebote von Volkshochschulen und mehr Schulungen in überbetrieblichen Berufsbildungsstätten.

In einer veränderten Arbeitswelt ist lebenslanges Lernen unerlässlich.



© Hero Images/Getty Images

Lebenslanges Lernen bedeutet schließlich auch mehr Teilhabe für Senioren. Deren Lebensqualität verbessert sich, wenn sie mit ihren Enkeln skypen, mit Apps das Gehirn trainieren oder mit Wearables den Blutdruck messen können. Um die älteren Menschen digital fit zu machen, braucht es »Technik-Botschafter«, altersgerechte PC-Schnupperkurse oder technikorientierte Seniorenvereine. Auch Schüler können in die Rolle des Lehrers schlüpfen, um die Senioren zu trainieren.

Vertrauen in die Sicherheit der Daten

Nicht zuletzt muss eine digitalisierte Berufs- und Lebenswelt die Sicherheit und Vertraulichkeit der Daten gewährleisten. Der Koalitionsvertrag sieht dafür einen »Nationalen Pakt Cybersicherheit« vor, in den Hersteller, Anbieter und Nutzer eingebunden werden sollen. Dabei soll das Bundesamt für Sicherheit und Informationstechnik (BSI) zu einer veritablen Cybersicherheitsbehörde ausgebaut werden, die Unternehmen beraten und Bürger unterstützen kann. Den Umgang mit Daten, mit Algorithmen,

künstlicher Intelligenz und digitalen Innovationen soll außerdem eine Daten-Ethikkommission unter die Lupe nehmen. Sie soll Bundestag und Bundesregierung in ihren politischen Entscheidungen beraten.

Unionsfraktion plant »Innovationsdialog«

Die Zukunft ist digital. Wer innovativ sein will, der muss den rasanten Prozess der Digitalisierung gestalten. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird sich daher in dieser Wahlperiode in einer Veranstaltungsreihe unter dem Motto »Für die Zukunft – Innovationsdialog der CDU/CSU-Bundestagsfraktion« mit der Gestaltung der Digitalisierung auseinandersetzen.

Im Mittelpunkt stehen dabei die Fragen: Wie können Mittelstand und Handwerk die Digitalisierung bewältigen? Welche Auswirkungen hat der technische Fortschritt auf das Gesundheitswesen, den Bildungssektor oder den ländlichen Raum? Wie sieht ein bürgerfreundlicher, digitaler Staat aus? Welche Ängste und Sorgen plagen die Menschen im Zuge der Digitalisierung? Die Diskussion mit nationalen und internationalen Gästen soll Impulse für die parlamentarische Arbeit geben.

Die Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion, Anja Karliczek, fordert, dass »Deutschland die Digitalisierung mutig, neugierig und aktiv gestaltet«. Man müsse »die immensen Chancen nutzen und die Menschen auf dem Weg in die digitale Zukunft mitnehmen«. Mit der Veranstaltungsreihe mache die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihren Gestaltungsanspruch im Hinblick auf diesen Prozess deutlich.

Der Zukunftsplan für Deutschland

Ehrgeizige Ziele, konkrete Maßnahmen – Der Koalitionsvertrag trägt in vielen Bereichen die Handschrift von CDU und CSU

Wie hart zunächst die Sondierungen und dann die Verhandlungen zur Bildung einer neuen Koalition von CDU, CSU und SPD waren, blieb der Öffentlichkeit nicht verborgen. Am Ende stehen jedoch gute Ergebnisse, die unser Land in den nächsten dreieinhalb Jahren voranbringen werden, die gut für die Bürgerinnen und Bürger sind. »Wir haben hart gerungen, wir mussten Kompromisse eingehen, wir haben aber auch viel durchgesetzt«, so Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die Koalition will einen neuen Aufbruch für Europa sowie eine neue Dynamik und einen neuen Zusammenhalt für Deutschland erreichen. Um ihre ehrgeizigen Ziele umzusetzen, haben die künftigen Koalitionspartner zahlreiche konkrete Maßnahmen vereinbart.

»Es bleibt dabei, keine neuen Schulden, keine Steuererhöhungen und trotzdem werden wir die notwendigen Investitionen in die Zukunft ermöglichen«, sagt der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Michael Grosse-Broder. Ab dem Jahr 2021 wird der Solidaritätszuschlag auf die Einkommensteuer schrittweise abgeschafft, so dass ihn am Ende 90 Prozent der Betroffenen nicht mehr zahlen müssen. Die jährliche Entlastung der Steuerzahler liegt bei zehn Milliarden Euro. Auch bei den Sozialabgaben werden die Arbeitnehmer durch Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung um 0,3 Prozent spürbar entlastet.

Förderung von Familien hat Priorität

Besondere Priorität hat für die Union die finanzielle Förderung von Familien. Das Kindergeld wird in zwei Schritten – 2019 und 2021 – um insgesamt 300 Euro im Jahr steigen. Parallel dazu erhöht sich selbstverständlich auch der Kinderfreibetrag. Zentrale Bedeutung hat für die Fraktion ebenso die Förderung der Eigentumbildung von Familien. Für die Dauer von zehn Jahren wird es ein Baukinder-

geld von 1.200 Euro pro Kind geben. Die Einkommensgrenze dafür liegt bei 90.000 Euro. Bei jedem weiteren Kind wird sich die Einkommensgrenze um jeweils 15.000 Euro erhöhen. Der Vorsitzende der Unionsfraktion, Volker Kauder, kündigt die zügige Umsetzung dieses Vorhabens im Bundestag an. »Wir wollen rasch ein Signal an junge Familien«, so Kauder.

3,5 Milliarden Euro wird der Bund bis 2021 aufwenden, um Länder und Kommunen beim Kindertaugenausbau und der Verbesserung der Kita-Qualität zu unterstützen sowie Eltern bei den Kita-Gebühren zu entlasten. Hinzu kommen bis 2021 noch einmal zwei Milliarden Euro für den Ausbau von Ganztagschulen und der Nachmittagsbetreuung an Grundschulen. Bis 2025 wird es einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter geben.

»Wir wollen rasch ein Signal an junge Familien.«

Schwerpunkt Bildung

Generell bildet die Bildungspolitik einen Schwerpunkt des neuen Koalitionsvertrags. Das Erfolgsmodell berufliche Bildung wird gestärkt – etwa mit einer digitalen Ausstattungsoffensive für Berufsschulen und mit besseren Leistungen in der Aufstiegsförderung (»MeisterBAföG«). Für den Hochschulpakt ist eine Nachfolgeregelung geplant und eine Milliarde Euro sind bis 2021 für die Erhöhung des BAföG vorgesehen. Die Union bekennt sich zu dem Ziel, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung bis 2025 auf 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu steigern.

Die Union will, dass Deutschland im Bereich der Digitalisierung einen Quantensprung macht: Der flächendeckende Ausbau der digitalen Infrastruktur mit Glasfaserkabeln in jeder Region in Deutschland bleibt ein zentrales Ziel für CDU und CSU. Dafür werden zehn bis zwölf Milliarden Euro bereitgestellt. Alle neuen Aufgaben und Leistungen erfolgen ohne neue Schulden und ohne Steuererhöhungen. Denn eine solide Finanz- und Haushaltspolitik ist und bleibt ein Markenzeichen der Union.



© Britta Pedersen/Picture Alliance

Bundeskanzlerin Angela Merkel und Unionsfraktionschef Volker Kauder präsentieren den 177 Seiten starken Koalitionsvertrag.



Fachkräftemangel beheben

Laut Koalitionsvertrag soll auch eine Fachkräftestrategie entwickelt werden, die eine umfassende Antwort auf den Fachkräftemangel gibt, indem sie alle Potenziale in den Blick nimmt: inländische, europäische und weltweite. Dafür sollen in einem Fachkräfteeinwanderungsgesetz transparente und klare Regelungen geschaffen werden. Die Gründungskultur wird gestärkt, indem neue Betriebe in den ersten beiden Jahren nach ihrer Gründung von der monatlichen Voranmeldung der Umsatzsteuer befreit werden. In der Diskussion um die sachgrundlose Befristung von Beschäftigungsverhältnissen haben die Koalitionspartner einen vertretbaren Kompromiss gefunden. So dürfen Unternehmen mit mehr als 75 Beschäftigten nur noch bei maximal 2,5 Prozent ihrer Belegschaft die Verträge ohne Angabe von Gründen befristen.

»Ein besonderes Augenmerk«, so Michael Grosse-Brömer, »haben CDU und CSU in den Verhandlungen auch auf die weitere Stärkung der inneren Sicherheit gelegt.« So soll es 15.000 zusätzliche Stellen für die Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern geben, die Hälfte davon beim Bund. Zudem sind 2.000 neue Richterstellen geplant. Auch der Kampf gegen Wohnungseinbrüche wird verstärkt. Hierzu werden das erfolgreiche KfW-Programm für Einbruchschutz ausgebaut und die Ermittlungsinstrumente geschärft. Auch erhalten die Sicherheitsbehörden im Internet die gleichen Befugnisse wie in der realen Welt. Die Verbraucher werden durch die Einführung der Musterfeststellungsklage und die Verbesserung der IT-Sicherheit besser geschützt.

Zuwanderung darf Integrationsfähigkeit nicht überfordern

Die künftigen Koalitionspartner sind sich einig darin, dass die Zuwanderung die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft nicht überfordern darf. Die Zuwanderung wird deshalb gesteuert und begrenzt. Durch die Schaffung von Zentren für Ankunft, Entscheidung und Rückführung werden Asylverfahren beschleunigt und die Rückführung abgelehnter Asylbewerber erleichtert. Die Parteien stellen fest, dass die Zuwanderung eine Spanne von 180.000 bis 220.000 Personen pro Jahr nicht überschreiten wird. Das Ausweisungsrecht für Straf-

täter wird verschärft. Subsidiär Schutzberechtigte haben künftig keinen Rechtsanspruch auf Familiennachzug. Für diesen Personenkreis wurde nur ein kleines Kontingent an nahen Familienmitgliedern vereinbart, die nachziehen können. Mit diesen und anderen Maßnahmen wird das Regelwerk zur Migration von CDU und CSU umgesetzt.

Grundrente wird eingeführt

Auch im Rentensystem wird die künftige Koalition mehr Gerechtigkeit schaffen. So erhalten Mütter, die vor 1992 drei Kinder und mehr geboren haben, höhere Renten (Mütterrente II). Das Rentenniveau wird bis 2025 auf 48 Prozent festgeschrieben, zugleich darf der Rentenbeitrag nicht über 20 Prozent steigen. Für Menschen, die mindestens 35 Jahre lang Beiträge gezahlt haben, wird eine Grundrente eingeführt.

Wichtige Verbesserungen wird es auch bei der Pflege und der Gesundheitsversorgung geben. So sollen gesetzlich Versicherte über Terminservicestellen leichter einen Facharzttermin erhalten. Durch die Wiederherstellung der Parität bei Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen zur Gesetzlichen Krankenversicherung werden Arbeitnehmer entlastet. Mit dem Sofortprogramm Pflege werden 8.000 neue Stellen für die medizinische Behandlungspflege geschaffen. Zugleich wird eine Ausbildungsoffensive gestartet.



Der Koalitionsvertrag sieht Verbesserungen bei der Gesundheitsversorgung und der Pflege vor.

»Dreiklang für mehr Sicherheit«

Stephan Harbarth über Vorhaben der Koalition – Mehr Effizienz im Asylsystem – Mehr Stellen für Polizei und Justiz

Herr Harbarth, innere Sicherheit ist eine Kernkompetenz von CDU/CSU. Ist die Handschrift der Union im Koalitionsvertrag erkennbar?

Harbarth: CDU und CSU haben einen Dreiklang für mehr Sicherheit im Koalitionsvertrag verankert: Es gibt mehr Personal, eine bessere Ausstattung der Sicherheitsbehörden und ihre Befugnisse werden punktuell erweitert. Die große Bedeutung, die wir dem Thema beimessen, wird insbesondere beim Personal deutlich: Nachdem wir bereits in der vergangenen Wahlperiode einen Aufwuchs von 10.000 Stellen bis 2020 bei den Sicherheitsbehörden des Bundes durchsetzen konnten, kommen laut neuem Koalitionsvertrag noch einmal 7.500 Stellen hinzu. Einen solchen Aufwuchs gibt es für kein anderes Ressort!

Mehr Personal für die Sicherheitsbehörden ist ein berechtigtes Anliegen, doch mangelt es nicht auch an Staatsanwälten und Richtern?

Harbarth: Erstmals haben wir einen Pakt für die Justiz mit einem massiven Stellenaufwuchs von 2.000 Richtern und Staatsanwälten vereinbaren können. Vor allem die Länder sind hier in der Pflicht, denn die Justiz liegt vorwiegend in ihrer Zuständigkeit.

Welche Maßnahmen sehen Sie vor, damit Asylverfahren beschleunigt werden?

Harbarth: Seit 2015 haben wir mit zahlreichen Maßnahmen die Verfahrensdauer ganz erheblich senken können. Der Antragsstau ist inzwischen abgearbeitet. Asylverfahren aus dem Jahr 2017 wurden innerhalb von durchschnittlich nur zwei Monaten abgeschlossen.

Der neue Koalitionsvertrag sieht nun auf Drängen der Union zwei weitere Maßnahmen vor: Wir wollen erstens den Kreis der sicheren Herkunftsstaaten ausweiten und zweitens sogenannte AnKER-Zentren einrichten, in denen alle Behörden Hand in Hand arbeiten. In diesen Zentren sollen Ankunft, Entscheidung, kommunale Verteilung und vor allem auch Rückführungen (AnKER) stattfinden, so dass abgelehnte Bewerber nach Möglichkeit gar nicht mehr auf die Kommunen verteilt werden.

Wie will man das Problem in den Griff bekommen, dass vorgeblich minderjährige Asylbewerber ihr wahres Alter oft verschleiern?

Harbarth: Die Beweislast sollte künftig der Asylbewerber tragen. Es ist nicht zu viel verlangt, wenn die Betroffenen sich aktiv an der Altersfeststellung betei-



Stephan Harbarth
Stellvertretender Vorsitzender
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

gen müssen. Wenn jemand seine Minderjährigkeit nicht ohne jeden Zweifel – etwa indem er amtliche Dokumente vorlegt – darlegen kann, sollte er als volljährig gelten, bis durch eine medizinische Begutachtung das Gegenteil bewiesen ist. Wer nach Deutschland flieht, weil er an Leib und Leben bedroht ist, wird eine solche medizinische Begutachtung auch nicht als unzumutbar empfinden.

Ein wichtiges Anliegen der Union ist es auch, die ländlichen Regionen zu stärken. Als finanzielle Hilfe für ländliche Räume und die Landwirtschaft sind bis 2012 rund 1,5 Milliarden Euro eingeplant. Regionalfördermittel werden gebündelt; die Entlastung der Kommunen und Länder mit Programmen für Städtebau, Zuwanderung und Integration

wird auf hohem Niveau fortgesetzt. Die Wohnungsknappheit insbesondere in den Ballungszentren soll massiv bekämpft werden. Sowohl der Bau frei finanziert Gebäude als auch der soziale Wohnungsbau sollen mit je zwei Milliarden Euro steuerlich gefördert werden. Das Ziel sind 1,5 Millionen neue Wohnungen in den nächsten vier Jahren.

»Wir müssen neue Prioritäten setzen«

Katja Leikert über den EU-Haushaltsplan, die Attraktivität Europas und den Brexit

Einen »neuen Aufbruch für Europa« haben sich die Koalitionsparteien auf die Fahnen geschrieben. In enger Partnerschaft mit Frankreich will Deutschland neue Impulse für Europa setzen. »Fraktion direkt« sprach mit der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Katja Leikert über die Herausforderungen, die auf EU-Ebene anstehen.

Frau Leikert, das Ringen der Mitgliedstaaten um den Finanzrahmen der EU von 2021 bis 2027 hat begonnen. Wie kann das Loch gestopft werden, das durch den Austritt des Nettozahlers Großbritannien entsteht?

Leikert: Wir können nicht weitermachen als gäbe es keinen Brexit. Die europäischen Aufgaben werden künftig auf weniger Schultern verteilt.

EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger schlägt vor, etwa die Hälfte der Lücke durch höhere Beiträge der Mitgliedstaaten zu decken und die andere Hälfte zu sparen. Dabei will er auch den Agrarhaushalt und die Kohäsionsmittel kürzen. Das ist richtig.

Die EU-Kommission will sogar mehr Geld als die 960 Milliarden Euro aus dem laufenden Sieben-Jahres-Plan ausgeben. Ist das gerechtfertigt?

Leikert: Das kann gerechtfertigt sein, weil wir der EU neue Aufgaben übertragen, etwa beim Schutz der Außengrenzen. Dafür braucht die EU-Grenzschutzagentur Frontex natürlich auch Geld.

Neue Prioritäten zu setzen heißt aber auch, dass alte Prioritäten zurücktreten. Wir sind mit Abstand größter Nettozahler und dringen weiter auf Sparsamkeit. Es ist gut, dass der nächste EU-Haushaltsplan von Günther Oettinger, also einem deutschen Christdemokraten, aufgestellt wird.

In der wichtigen Frage der EU-Flüchtlingspolitik geht ein Riss durch die EU. Ist eine Quotenregelung zur Verteilung von Asylbewerbern noch vorstellbar?

Leikert: Eine gerechte Verteilung muss kommen, wie auch immer sie aussieht. Das Problem wird ja bleiben: Europa wird immer Migrationsziel sein, denn wir haben uns Wohlstand, Freiheit und Demokratie erarbeitet. Das zieht Menschen an, vor allem aus Afrika, dessen Bevölkerung sich bis zum Jahr 2050 auf etwa zwei Milliarden fast verdoppeln wird.

Umso wichtiger, dass wir Europäer uns noch mehr um Afrika kümmern. Mit dem EU-Treuhandfonds für Afrika zum Beispiel helfen wir dort mit über drei Milliarden Euro, vor allem bei der wirtschaftlichen Entwicklung und der Bekämpfung illegaler Migration.

Nach dem schwierigen Jahr 2017 scheint es bei den Brexit-Verhandlungen inzwischen besser zu laufen. Werden Briten und EU sich einigen?

Leikert: Die Verhandlungen zur Übergangszeit nach dem britischen EU-Austritt stehen kurz vor dem Abschluss. Danach kann endlich über unser zukünftiges Verhältnis gesprochen werden. Wir Europäer wollen langfristig

gute, enge Beziehungen, aber noch immer sind die Briten uneins, was sie eigentlich wollen. Das macht es so schwierig.

In unserer Fraktion leite ich die »AG Brexit«, in der Abgeordnete aus allen Politikbereichen an diesem Thema arbeiten, sich informieren und die Verhandlungen begleiten.

EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker und der französische Präsident Emmanuel Macron haben Entwürfe zur Zukunft der EU vorgelegt. Was halten Sie beispielsweise von

»Wir wollen langfristig gute Beziehungen zu Großbritannien.«

Katja Leikert
Stellvertretende Vorsitzende
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



© Tobias Koch

einem europäischen Finanzminister oder einem Eurozonen-Budget?

Leikert: Ich sehe bislang weder den Nutzen eines europäischen Finanzministers noch eines Eurozonen-Budgets. Diese Themen stehen nicht auf der Agenda.

Viel drängender ist, dass wir die Bankenunion vollenden. Manche EU-Regierung muss dringend die Risiken in den Bilanzen ihrer heimischen Banken verringern und so dafür sorgen, dass diese auf sicheren Füßen stehen. Wir werden verhindern, dass Risiken auf andere abgewälzt werden, dass also deutsche Sparer und Steuerzahler für Fehler in anderen Ländern haften.

Außerdem wollen wir den Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM zu einem Europäischen Währungsfonds entwickeln, wie von unserem ehemaligen Finanzminister Wolfgang Schäuble vorgeschlagen.

Im Mai 2019 wird ein neues Europaparlament gewählt. Um den Bürgern die EU näherzubringen, wollen die Parteien dafür mit Spitzenkandidaten und transnationalen Listen antreten. Wie stehen Sie dazu?

Leikert: Transnationale Listen brauchen wir nicht. Mehr Bürgernähe gelingt nicht, wenn deutsche Wähler spanische oder ungarische Kandidaten wählen, sondern mit Abgeordneten, die vor Ort bekannt und ansprechbar sind.

Spitzenkandidaten können helfen, für die EP-Wahlen zu werben. Allerdings müssen solche Spitzenkandidaten nicht nur in Frankreich und Deutschland bekannt sein, sondern die Menschen überall in Europa ansprechen.

Die EU will mit einer neuen Erweiterungsrunde den Westbalkan an sich binden. Serbien und Montenegro könnten schon 2025 Mitglieder werden. Ist das realistisch?

Leikert: Im Februar hat die EU-Kommission ihre Westbalkan-Strategie bis 2025 vorgelegt. Sie macht deutlich: Es geht nicht um ein bestimmtes Jahr, sondern um die Erfüllung klarer Beitrittskriterien: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, eine funktionierende Marktwirtschaft sowie die Übernahme des gesamten EU-Rechts. Das sind hohe Hürden.

Wer die Kriterien erfüllt, der soll beitreten, denn er wird uns stärken. Unser Signal an den Westbalkan lautet: Ihr gehört zu Europa und damit in die EU. Und wir helfen Euch, den Weg in die EU zu gehen, Schritt für Schritt. Weitergehende Versprechungen führen nur zu Enttäuschungen.

Wer meint, wir müssten durch hastige EU-Beitritte dem russischen Einfluss auf dem Balkan begegnen, der irrt: Die Menschen dort verbinden mit Russland die Zeit der sowjetischen Unterdrückung. Mit der EU hingegen verbinden sie Freiheit und Wohlstand. Sie wissen, dass ihre Zukunft in Europa liegt.

Aufschwung steht auf solidem Fundament

Wirtschaftswachstum beruht auf Export, Investitionen und Konsum



© Gerhard1302/Photo12

Die Bundesregierung rechnet mit einem Wirtschaftswachstum von 2,4 Prozent des BIP für 2018.

verhältnisse nimmt stark zu. Parallel dazu ist die Arbeitslosenquote im Jahr 2017 auf den niedrigsten Wert seit über 25 Jahren gesunken und soll laut Prognosen in diesem Jahr weiter zurückgehen. Die Menschen dürfen sich zudem über mehr Geld freuen. Auch in diesem Jahr wird nach Abzug der Inflation ein deutliches Plus im Portemonnaie bleiben. Unter dem Strich haben die preisbereinigten Nettolöhne und -gehälter seit 2010 jedes Jahr um 1,1 Prozent zugenommen.

»Die guten Zahlen des JWB dürfen uns aber nicht selbstzufrieden machen«, mahnt der frisch gewählte stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Hirte. Er will, wie er sagt, den Rückenwind der guten

Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts.« Mit dieser Sentenz brachte Ludwig Erhard die Bedeutung einer funktionierenden Volkswirtschaft für den Staat und seine Bürger auf den Punkt. Der ehemalige Bundeswirtschaftsminister, der als Vater der Sozialen Marktwirtschaft in die Geschichte eingegangen ist, hätte am diesjährigen Jahreswirtschaftsbericht (JWB) seine Freude gehabt. Deutschland geht in das neunte Jahr eines scheinbar nicht enden wollenden Aufschwungs. Die Bundesregierung rechnet für dieses Jahr mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2,4 Prozent.

Beruhete der Aufschwung anfangs vor allem auf dem Export, so hat in den vergangenen Jahren die Binnenkonjunktur immer mehr an Bedeutung gewonnen: Die gute Auftragslage lässt die Unternehmen wieder verstärkt in neue Maschinen investieren, und auch die öffentliche Hand hat Rekordsummen in den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur gesteckt. Nicht zuletzt trägt die Kaufkraft der Verbraucher dazu bei, dass der Aufschwung auf einem festen Fundament steht. Der Internationale Währungsfonds (IWF) sieht den gesamten Euro-Raum in diesem und im nächsten Jahr auf einem soliden Wachstumskurs.

Der Aufschwung kommt bei den Menschen an

Sozial ist, was Arbeit und Einkommen schafft: Die Zahl der Erwerbstätigen wird im Jahr 2018 mit voraussichtlich 44,8 Millionen einen neuen Höchststand erreichen. Besonders die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungs-

Wirtschaftslage nutzen, um Deutschland fit für die Zukunft zu machen. Auch der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion, Joachim Pfeiffer, warnt: »Unser Wohlstand muss jeden Tag aufs Neue im internationalen Wettbewerb erarbeitet werden.«

Rahmenbedingungen müssen stimmen

Es ist Aufgabe der Politik, die richtigen Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu setzen. Die Union hat deshalb in dem mit der SPD ausgehandelten Koalitionsvertrag durchgesetzt, dass es keine Steuererhöhungen geben wird. Auch an der soliden Finanzpolitik ohne neue Schulden wird nicht gerüttelt. Stattdessen soll es eine steuerliche Forschungsförderung gerade für kleine und mittelgroße Unternehmen geben. Die Politik will zudem die Industrie bei der Digitalisierung (»Industrie 4.0«) unterstützen und mit einer gezielten Fachkräftestrategie mehr qualifiziertes Personal für den Arbeitsmarkt erschließen.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer
(verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.



© Bundesregierung, Jesco Denzel

Holocaust-Gedenken ist Mahnung und Auftrag

Jedes Jahr am 27. Januar gedenkt Deutschland der Opfer des Nationalsozialismus. Im Deutschen Bundestag erinnerte die deutsch-britische Cellistin und Holocaust-Überlebende Anita Lasker-Wallfisch (hier am Arm des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier) an die Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz.

Sie sagte in ihrer Gedenkrede, es gebe weder Entschuldigungen noch Erklärungen für das, was damals geschehen ist. Was bleibe, sei die Hoffnung, »dass letzten Endes der Verstand siegt«. Im Hintergrund zeigt das Foto Elke Bündenbender, Ehefrau des Bundespräsidenten, Renate Lasker-Harpprecht, Holocaust-Überlebende und Schwester von Anita Lasker-Wallfisch und Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Koalitionsvertrag bringt das Land voran

Die große Koalition tut etwas für die Menschen im Land. Das zeigen die Vorhaben, die in dem 177 Seiten starken Koalitionsvertrag aufgelistet sind. Eine kurze Zusammenfassung mit den wichtigsten Ergebnissen vermittelt das Faktenblatt der CDU/CSU-Fraktion. Was die Koalition für Familien, Schüler, Bauherren, Rentner, den ländlichen Raum und die Sicherheit im Land tut, zeigen zahlreiche Social-Media-Grafiken. Jetzt teilen:

www.facebook.com/cducsubundestagsfraktion



© Tobias Koch



© Bundestagsbüro Henning Otte

Vernetzter Ansatz in der Sicherheitspolitik

Die Zeiten, in denen sich ausschließlich Militärs mit Sicherheitspolitik befasst haben, sind endgültig vorbei. Die Zunahme von Kriegen und Konfliktherden und die von ihnen ausgelösten Migrationsbewegungen zwingen zu einer engeren Vernetzung von Militäreinsätzen, Diplomatie und Entwicklungspolitik. Hierzu tauschte sich der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Henning Otte (r.), mit dem österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz (l.) auf der Münchner Sicherheitskonferenz aus.

Sprecher der Unionsfraktion, Henning Otte (r.), mit dem österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz (l.) auf der Münchner Sicherheitskonferenz aus.



© Markus Schmuck

»Digitalisierung ist Zukunft. Mit den richtigen Rahmenbedingungen gestalten wir den Fortschritt positiv.«

Daniela Ludwig, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verkehr und digitale Infrastruktur der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

CDU  **CSU**
Fraktion im Deutschen Bundestag

Die Fraktion im Internet und den sozialen Medien

Die Webseite der Fraktion:
www.cducusu.de



[www.facebook.com/
cducusubundestagsfraktion](https://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)

Der Blog der Fraktion:
blogfraktion.de



www.youtube.com/cducusu

Fraktion direkt:
www.cducusu.de/fraktiondirekt



twitter.com/cducusu

Bundestagsdrucksachen:
www.bundestag.de



[www.instagram.com/
cducusubt](https://www.instagram.com/cducusubt)

»Fraktion direkt« bestellen

»Fraktion direkt – Das Monatsmagazin« erscheint jeweils am Ende eines Monats. Bestellen können Sie das Heft unter fraktiondirekt.abo@cducusu.de

Über die aktuellen Entwicklungen informiert Sie wöchentlich »Fraktion direkt – Der Newsletter«. Den elektronischen Newsletter können Sie abonnieren unter www.cducusu.de/newsletter-abo. Sie erhalten dazu auch die PDF-Ausgabe von »Fraktion direkt – Das Monatsmagazin«.

Termine

21. März 2018
Kongress
»Einsatz für die Religionsfreiheit – Eine Zukunft für Christen und Jesiden im Nordirak«